

**7. Sitzung des Deutschlandradio-Verwaltungsrates (VII. Amtsperiode), 15. September 2025
Ergebnisse, Teilnehmerinnen und Teilnehmer****Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse der Sitzung**

In seiner Sitzung am 15. September 2025 hat sich der Verwaltungsrat – neben einigen Vorhaben in den Bereichen Beschaffung und Immobilien – insbesondere Haushalts-Themen gewidmet:

Jahres- und Konzernabschluss 2024

Die Körperschaft weist für das Jahr 2024 in der Ertrags- und Aufwandsrechnung einen Jahresüberschuss in Höhe von 1,9 Mio. € aus. Im Vergleich zum prognostizierten Fehlbetrag von 12,5 Mio. € im Wirtschaftsplan 2024 bedeutet dies eine Verbesserung um 14,4 Mio. €. Gründe hierfür waren vor allem gegenüber der Planung höhere Beitragserträge und geringere Ausgaben im Material- und Sachaufwand (insbesondere bei Instandhaltungen, Fremdleistungen und GSEA) sowie geringeren Vergütungen für Verwertungsgesellschaften innerhalb des Programmaufwands.

Deutschlandradio legt gemäß § 30a des Deutschlandradio-Staatsvertrages einen Konzernabschluss vor. Zum Konzern gehören neben Deutschlandradio als Muttergesellschaft die 100-prozentige Beteiligung an der Deutschlandradio Service GmbH (DRS) sowie die 70-prozentige Beteiligung an der Gesellschaft für infrastrukturelle Dienste mbH (GID).

Das Jahr 2024 des Deutschlandradio-Konzerns schließt mit einem Jahresüberschuss von 2,0 Mio. €. Dieser setzt sich zusammen aus dem Jahresüberschuss der Tochtergesellschaft DRS in Höhe von 231 T€, dem Jahresüberschuss der GID von 14 T€ und dem Jahresüberschuss der Muttergesellschaft von 1,9 Mio. € sowie einer Gewinnkonsolidierung von 95 T€.

Das Konzern-Eigenkapital beläuft sich nach Ergebnisbuchung auf 142,4 Mio. €.

Das Wirtschaftsprüfungsunternehmen KPMG hat Deutschlandradio für das Geschäftsjahr 2024 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Weitergehende Hinweise ergaben sich im Rahmen der Abschlussprüfung nicht. Der Verwaltungsrat hat Intendant Stefan Raue in der Sitzung am 15. September 2025 für das Jahr 2024 entlastet.

Ausführung Wirtschaftsplan 2025 (Stand 30.06.2025)

Die Hochrechnung zum Ertrags- und Aufwandsplan ergibt für das Jahr 2025 einen erwarteten Fehlbetrag von 4.394 T€, was im Vergleich zum geplanten Fehlbetrag von 17.553 T€ eine deutliche Verbesserung um 13.159 T€ bedeutet. Auch hier liegt die Abweichung gegenüber der Planung an zu erwarteten Mehr-Erträgen bei gleichzeitig prognostizierten niedrigeren Aufwendungen.

Im Finanzplan, der tendenziell die Kriterien der Finanzbedarfsermittlung nach dem KEF-Verfahren abbildet, zeigt die Hochrechnung für das Jahr 2025 einen Haushaltsfehlbetrag in Höhe von 11.866 T€. Dies ist gegenüber dem Plan ein um 17.929 T€ besseres Finanzergebnis. Somit wird im Jahr 2025 eine um 11.866 T€ geringere Rücklagenauflösung als geplant erwartet.

Für die kommenden Jahre (**Mittelfristige Finanzplanung 2025 – 2029**) rechnet Deutschlandradio ebenfalls mit leicht steigenden Erträgen. Die Aufwendungen liegen dabei leicht unter den Ansätzen der Vorgänger-MifriFi.

Wirtschaftsplan 2026

Das Planjahr 2026 schließt im Ertrags- und Aufwandsplan zusammenfassend mit Erträgen in Höhe von 279.049 T€, mit Aufwendungen von 297.608 T€ und damit mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 18.558 T€ ab. Der Jahresfehlbetrag fällt gegenüber dem Soll des Vorjahres um 1.006 T€ höher aus. Im Einzelnen ergeben sich gegenüber dem Soll 2025 in saldierter Betrachtung eine Erhöhung der Erträge um 3.905 T€ und eine Erhöhung der Aufwendungen um 4.911 T€. Letzteres ist im Rahmen der bestehenden Tarifverträge moderat steigenden Personal- und Programmaufwendungen sowie höheren Versicherungsprämien geschuldet.

Der Finanzplan erfasst diejenigen Faktoren, die sich auf die Liquidität von Deutschlandradio auswirken. Im Wirtschaftsplan 2026 schließt er mit einem Fehlbetrag in Höhe von 33.116 T€, welcher den Rücklagen entnommen wird. Im Vorjahresplan wurde ein Fehlbetrag in Höhe von 29.795 T€ ausgewiesen. Die Differenz zum Plan 2025 setzt sich zusammen aus einer höheren Mittelaufbringung (182 T€) und einer höheren Mittelverwendung (3.503 T€).

Im Weiteren ließ sich der Verwaltungsrat über die Arbeit der **Revision** von Deutschlandradio informieren, betrachtete Überlegungen des Hauses zum künftigen Umgang mit **AT-Gehältern** und ließ sich im Rahmen des Projekts „**Deutschlandfunk Web**“ (Zusammenfassung der derzeit sieben Internet-Angebote in ein gemeinsames Portal) dessen Notwendigkeiten bei Verbreitung und adäquatem Web-Auftritt erläutern.

Abschließend diskutierte das Gremium in erster Lesung einen Textvorschlag für eine gemeinsame Satzung von Verwaltungs- und Hörfunkrat zur Wahl einer Intendantin/eines Intendanten von Deutschlandradio, die aufgrund einer ländersseitig geplanten Änderung des Deutschlandradio-Staatsvertrages erforderlich wird.

Allen zustimmungspflichtigen Vorhaben hat der Verwaltungsrat grünes Licht gegeben.

Die Tagesordnungspunkte

- TOP 14: Digitalstrategie von Deutschlandradio und Personalkonzept zur Anmeldung zum 25. KEF-Bericht
- TOP 15: Mögliche Interessens- und Wettbewerbskollisionen bei der Wahrnehmung von Verwaltungsratsmandaten durch Entsandte von Körperschaftsmitgliedern
- TOP 17: Die neuen Aufgaben von Hörfunkrat und Verwaltungsrat nach dem Siebten Medienänderungsstaatsvertrag („Reformstaatsvertrag“)

wird der Verwaltungsrat am 19. November 2025 behandeln.

Folgende Mitglieder des Verwaltungsrates haben an der Sitzung teilgenommen:

Verwaltungsdirektorin Karin Brieden, ZDF (Vorsitzende);
Intendantin Dr. Katrin Vernau, ARD (stellv. Vorsitzende)
Staatssekretär Florian Graf, Land Berlin;
Staatssekretär a. D. Fabian Kirsch, Land Rheinland-Pfalz;
Intendant Joachim Knuth, ARD;
Prof. Dr. Volker Lilienthal, Sachverständiger;
Dr. Thomas Wagenknecht, Sachverständiger;
Justiziar a. D. Peter Weber, ZDF.

* * *

Zusätzliche Informationen zum Deutschlandradio Verwaltungsrat, über seine Mitglieder und Arbeitsschwerpunkte finden sich unter <http://www.deutschlandradio.de/gremien>